

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/23952 –**

Mehr Transparenz bei der Analyse und öffentlichen Darstellung von Kriminalität im Kontext von Migration zur verbesserten Evaluierung der Sicherheits-, Integrations- und Migrationspolitik

A. Problem

Die Fraktion der AfD sieht zur Schaffung einer größeren Transparenz der polizeilichen Berichterstattung die Notwendigkeit einer vollständigen Erfassung von Tatverdächtigen und deren Herkunftsland durch Polizei- und Sicherheitsbehörden, um etwaigen Auswirkung von Integrationsproblemen auf die Entwicklung von Kriminalität vorbeugen zu können.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, verbesserte Erfahrungs- und Berichtsstandards zu relevanten Erkenntnissen von Tatverdächtigen oder Gruppen von Tatverdächtigen in Bezug auf die Staatsangehörigkeit verbindlich festzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23952 abzulehnen.

Berlin, den 25. November 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Axel Müller
Berichterstatter

Susanne Mittag
Berichterstatterin

Martin Hess
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Axel Müller, Susanne Mittag, Martin Hess, Benjamin Strasser, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/23952** wurde in der 189. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 113. Sitzung am 25. November 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23952 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/23952 in seiner 113. Sitzung am 25. November 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 25. November 2020

Axel Müller
Berichterstatter

Susanne Mittag
Berichterstatterin

Martin Hess
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

